

**Quelle: Die Zeit**

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

# Moskauer Gasmanöver

## Wenn Europa die Ukraine jetzt im Stich lässt, macht es sich von Putin abhängig / \* Josef Joffe\*

Bibbern für Kiew? Wollunterhosen wegen Warschau? Vorläufig nicht, denn der Gasdruck in deutschen Leitungen ist wieder normal, und Gasprom pumpt wieder fast so viel nach Westen wie vor Neujahr 2006. Und doch wird der 1. Januar Geschichte machen - ein Muskelspiel als Vorspiel.

Gewiss wird Gasprom bald von der Ukraine kriegten, was der verlängerte Arm des Kreml fordert: Gaspreise, die nicht bei lächerlichen 50 Dollar pro 1000 Kubikmeter, sondern näher an den westeuropäischen von über 200 Dollar liegen. Warum auch nicht? Energie ist kostbar, die Nachfrage steigt. Auch die Ukrainer werden lernen müssen, die Temperatur ihrer überheizten Räume nicht mehr in alter Sowjetmanier zu regeln: mit aufgerissenem Fenster. Jedenfalls darf man es dem russischen Finanzminister nicht verübeln, wenn er verkündet: »Die Zeiten, da wir unsere Beziehungen zu Nachbarländern quasi durch Subventionen gestaltet haben, gehen zu Ende.«

Trotzdem sollte man diesen Satz des Alexej Kudrin genauer betrachten, weil er den Kern der Sache bloßlegt. Es geht eben nicht nur um das harsche Gesetz von Angebot und Nachfrage (das auch E.on nicht fremd ist). Es geht vorweg um die »Gestaltung der Beziehungen« zwischen Moskau und dem »postsowjetischen Raum«.

Das lässt sich sehr hübsch an den neuen Preisen ablesen, die Gasprom von den Nachbarn fordert.

Im Baltikum steigt der Preis von 80 auf 120 Dollar, in Moldawien von 80 auf 160, in den Kaukasus-Staaten auf 110. Doch von der Ukraine will Gasprom 230 Dollar, derweil das brave Belarus beim Super-Discount von 46 Dollar bleibt. Folglich führt nicht allein der Markt das Regiment. Lukaschenko-Land, ein verlässlicher Vasall, hat die Zeichen der Zeit erkannt und Gasprom den Kauf einer Pipeline erlaubt, die quer durch Belarus nach Berlin verläuft. Die Ukrainer aber kriegen jetzt die Quittung für ihre Unbotmäßigkeit, haben sie doch Gasprom einen Besitzanteil an ihrer eigenen Ost-West-Leitung verweigert.

Im Übrigen hat sich auch Alexander Lukaschenko erst gefügt, nachdem er im Februar die Knute zu spüren bekam - als plötzlich das Gas ausfiel. Georgien wurde schon früher geprügelt. Die Kujonierung der Ukraine ist Teil eines Musters, das man in Anlehnung an Lenins Spruch »Sozialismus in einem Land« in »Energismus in einer Hand« unwandeln darf. Was Gasprom daheim nicht aufkaufen konnte, wurde wie Yukos, einst der größte Ölkonzern Russlands, mit brutaler Hand zerstört und dann einverleibt. Heute hält Gasprom 60 Prozent der russischen Erdgasreserven und produziert ein Fünftel des weltweiten Angebots. Über die Hälfte des Leviathans gehört dem Staat, der offensichtlich Energiekrieg als Fortführung der Politik mit anderen Mitteln begreift. Wo Chruschtschow einst mit Raketen gerasselt hat, dreht der Kreml heute am Gashahn.

Um die imperiale Faust zu erkennen, müssen wir zurück in den Sommer 2004 gehen, als Moskau und Kiew den Spottpreis von 50 Dollar aushandelten, der bis 2009 (!) gelten sollte. Warum so großzügig? Weil damals eine schicksalhafte Wahlschlacht anstand, die Putin für sich zu gewinnen dachte: zwischen dem Kreml-Getreuen Janukowitsch und dem West-Ausleger Juschtschenko. Nach massiven Wahlfälschungen brach die »orangene Revolution« aus, und Juschtschenko triumphierte bei den Neuwahlen. Heute darf man Putin das umgekehrte Spiel unterstellen. Die Gaspreis-Daumenschraube soll die Ukrainer dazu bringen, diesmal - in den Parlamentswahlen am 26. März - die »Richtigen« zu wählen.

Doch warum sich darüber im Westen aufregen? So ist halt der Lauf der Welt - die Starken tun, was sie können, die Schwachen, was sie müssen. Außerdem kriegen wir 2010 die Ostsee-Pipeline (Aufsichtsratschef: Gerhard Schröder), die direkt von Russland nach Deutschland führt. Dann können die aufrührerischen Ukrainer auch kein Gas mehr »stehlen«, das für Westeuropa bestimmt ist. Die Antwort besteht aus drei Teilen.

Erstens, weil so auch Polen, Balten, Tschechen und Ungarn diszipliniert werden können - allesamt Mitglieder der EU und nicht irgendwelche »Zwischeneuropäer«, die Berlin heute so ungerührt behandeln könnte, wie es einst der Alte Fritz, Bismarck und Stresemann taten -

## Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

von Hitler ganz zu schweigen. Zweitens, weil wir nun erstmals gespürt haben, welche ungeheure Macht der Kreml angehäuft hat: Erdgas kann Wohlverhalten viel effizienter anmahnen als ein Atomarsenal. Und drittens, weil Putin auch daheim in die falsche Richtung marschiert. Russland wird zum »Petrostaat«, der mit seinen sagenhaften Bodenschätzen Modernisierung und Demokratisierung ersticken kann. Das ist wie in Saudi-Arabien und Iran: Der Staat hat, der Staat gibt - und schaltet so alle Konkurrenz in Wirtschaft und Politik aus.

Was der energiesüchtige Westen tun kann? Die erste Reaktion von Washington bis Berlin war voraussagbar: Wer wird denn bei 60 Dollar pro Barrel Öl die Russen reizen? Trotzdem stünde es der Regierung Merkel gut zu Gesicht, mit der EU den »ehrlichen Makler« zu spielen. Merkel hat die Glaubwürdigkeit in Osteuropa, die Schröder mit seiner putinophilen Politik geschmälert hat, sie hat sie auch in Moskau, das gedeihliche Beziehungen zu Berlin wünscht. Noch besser stünde es Gerhard Schröder zu Gesicht, den Vorsitz im Konsortium für die Ostsee-Pipeline niederzulegen. Denn die Mehrheit

hält die von Moskau beherrschte Gasprom. Nach diesem Powerplay des Kreml, das so krass deutsche wie europäische Interessen konterkariert, sollte sich ein früherer Kanzler seinen Platz in der Geschichte anderswo suchen. Was muss Berlin sonst noch tun?

Wo Energie auf dem Spiel steht, geht es um die nächsten 30 Jahre. Leider sind die Weltenergievorräte (jenseits der Teersände Kanadas und des Kohlereichtums der USA) in Staaten konzentriert, die weder besonders verlässlich noch liebenswert sind. Die Nordsee-Reserven werden bald erschöpft sein, der Rest gehört den Autoritären oder Labilen: von Iran bis Russland, von Venezuela bis Nigeria, von Saudi-Arabien bis Indonesien.

Deshalb heißt das Gebot »Diversifizierung«. Es ist nicht weise, dass Russland für eine Vertragsmenge von 40 Prozent deutscher Gasimporte gut ist; in Italien sind es 35, in Frankreich 30 Prozent. Ebenso unklug ist es, an einem Leitungsnetz zu hängen, das überall gekappt werden kann. Oder nehmen wir die geplante Ostsee-Pipeline. Angeblich soll sie nur vier Milliarden Euro kosten; der Endpreis

wird eher bei zehn liegen. Könnte man für diesen Preis nicht verflüssigtes Gas aus Qatar und Algerien holen - inklusive der Kosten für Terminals und Tanker, wie es die USA im Namen der Energiesicherheit tun?

Diversifizierung heißt leider auch Atomkraft. Überall in Europa werden, wie in den USA, die Laufzeiten verlängert; in Finnland, Russland, Rumänien und in der Ukraine werden neue Kernkraftwerke gebaut, in Asien insgesamt zwölf. Gebaut werden weltweit 23, geplant sind 39. Selbst die Schweden, die den Ausstieg als Erste beschlossen haben, denken um. Sind all diese Länder leichtsinniger oder dümmer als Deutschland?

Der Neujahrsschock wird bald verflogen sein, Kiew und Moskau werden sich einigen. Trotzdem verbietet sich business as usual. Halten wir uns lieber an Lenin: Vertrauen in Gasprom ist gut, Risikostreuung ist besser - heute, nicht morgen.

Audio [www.zeit.de/audio](http://www.zeit.de/audio)